

Satzung

- 8 -

der Ortsgemeinde Hasborn
über die Benutzung der gemeindlichen Feld- und
Waldwege vom 15.9.1977

Aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14. Dez. 1973 (GVBl. S. 419) und des Beschlusses des Gemeinderates Hasborn vom 15.7.1976 wird folgende Satzung erlassen:

Geltungsbereich

- (1) Die Vorschriften dieser Satzung gelten für die in der Verwaltung der Ortsgemeinde stehenden nicht öffentlich-rechtlichen Feld- und Waldwege.
- (2) Die Gemeindeverwaltung stellt den Verlauf der Wege in einer Karte dar, die dieser Satzung beigelegt ist.

§ 2

Bestandteil der Wege

Zu den Wegen gehören:

- 1) der Wegekörper, das sind insbesondere Wegegrund, Wegeunterbau, Wegedecke, Brücken, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Seitenstreifen,
- 2) der Luftraum über dem Wegekörper,
- 3) der Bewuchs.

§ 3

Bereitstellung

Die Gemeinde gestattet die Benutzung der in § 1 aufgeführten Wege nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 4

Zweckbestimmung

- (1) Die Wege dienen ausschließlich der Bewirtschaftung der land-

und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Im übrigen ist die Benutzung als Fußweg zulässig, soweit sich aus sonstigen Vorschriften keine Beschränkungen ergeben.

(2) Die Benutzung der Wege zu anderen Zwecken, insbesondere um zu Wochenendhäusern, Jagdhütten, zu gewerblich genutzten Kiesgruben, Sandgruben und Steinbrüchen u. ä. Vorhaben zu gelangen, ist mit Erlaubnis der Gemeindeverwaltung zulässig. Die Erlaubnis ist gebührenpflichtig.

Vorübergehende Benutzungsbeschränkung

Zur Verhütung von Schäden an den Wegen, insbesondere nach starken Regenfällen und bei Frostschäden sowie bei Gefährdung der Sicherheit des Verkehrs durch den Zustand des Weges, kann die Benutzung des betreffenden Weges vorübergehend ganz oder teilweise durch den Ortsbürgermeister beschränkt werden. Die Benutzungsbeschränkung ist ortsüblich bekanntzugeben und durch Aufstellung von Hinweisschildern an den Anfangspunkten der Wege kenntlich zu machen.

§ 6

Unerlaubte Benutzung der Feld- und Waldwege

(1) Es ist unzulässig

- 1) die Wege zu befahren, wenn dies insbesondere aufgrund jahreszeitlich bedingten Zustandes zu erheblichen Beschädigungen führt oder führen kann,
- 2) Fahrzeuge, die Geräte und Maschinen so benutzen oder transportieren, daß Wege beschädigt werden,
- 3) beim Einsatz von Geräten und Maschinen, insbesondere beim Wenden, Pflügen, Wege einschließlich ihrer Befestigungen, Seitengräben, Querrinnen und sonstigem Zubehör zu beschädigen oder den Randstreifen abzugraben,
- 4) Fahrzeuge und Geräte auf den Wegen von Ackerboden zu befreien und diesen auf den Wegen liegen zu lassen,

- 5) Fahrzeuge, Geräte und Maschinen auf den Wegen so abzustellen, oder Dünger und Erde so zu lagern, daß andere Benutzer gefährdet oder mehr als zumutbar behindert werden,
 - 6) auf die Wege Flüssigkeiten oder Stoffe abzuleiten, durch die der Wegekörper beschädigt werden kann,
 - 7) die Entwässerung zu beeinträchtigen,
 - 8) auf den Wegen Holz oder andere Gegenstände zu schleifen,
 - 9) auf den Wegen Holz, Pflanzenreste und Abfälle zu verbrennen.
- (2) Weiters sich aus anderen Vorschriften ergebende Verbote und Einschränkungen bleiben unberührt.

§ 7

Pflichten der Benutzer

- (1) Die Benutzer sollen Schäden an den Wegen der Gemeindeverwaltung unverzüglich mitteilen.
- (2) Wer einen Weg verunreinigt, hat die Verunreinigung ohne Aufforderung unverzüglich zu beseitigen, andernfalls kann die Gemeinde die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers beseitigen. Wer einen Weg beschädigt, hat der Gemeinde die für die Beseitigung des Schadens entstehenden Kosten zu erstatten. Die Gemeindeverwaltung kann dem Schädiger unter Festsetzung einer Frist die Beseitigung des Schadens überlassen.
- (3) Dünger, Erde und sonstige Materialien, die aufgrund der Geländebeschaffenheit vorübergehend auf dem Weg gelagert werden, sind unverzüglich zu entfernen. § 6 Abs. 1 Nr. 5 bleibt unberührt.

§ 8

Pflichten der Angrenzer

Eigentümer und Besitzer der an die Wege angrenzenden Grundstücke haben dafür zu sorgen, daß durch Bewuchs, insbesondere Hecken, Sträucher, Bäume und Unkraut die Benutzung und der Bestand der Wege nicht beeinträchtigt wird. Bodenmaterial, Pflanzen oder Pflanzenteile und sonstige Abfälle, die von den angrenzenden Grundstücken auf den Weg gelangen, sind vom Eigentümer zu beseitigen. Für alle Grundstücke, die mit Kopf an den Weg grenzen, ist Gewinnpflügen vorgeschrieben.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt im Sinne des § 24 Abs. 5 der GemO, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Wege entgegen der Zweckbestimmung des § 4 benutzt,
2. Benutzungsbeschränkungen nach § 5 nicht beachtet,
3. den Verboten des § 6 zuwiderhandelt,
4. der Vorschrift des § 7 und § 8 zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000,-- DM geahndet werden. Die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWIG) in der Fassung v. 2.1.1975 (BGBl. I S. 83) finden Anwendung.

§ 10

Zwangsmittel

Die Anwendung von Zwangsmitteln zur Durchsetzung von Anordnungen aufgrund dieser Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Rheinland-Pfalz.

§ 11

Beiträge und Gebühren

Beiträge für den Ausbau und die Unterhaltung der Wege, sowie Gebühren für erlaubnispflichtige Benutzungen werden aufgrund einer besonderen Satzung erhoben.

§ 12

Fortgeltung von Festsetzungen in Flurbereinigungsplänen

Festsetzungen in Flurbereinigungsplänen, die Wege im Sinne dieser Satzung betreffen, gelten als Bestandteil dieser Satzung weiter. Sie können nach Abschluß des Flurbereinigungsverfahrens nur mit Genehmigung der kommunalen Aufsichtsbehörde durch Satzung geändert oder aufgehoben werden.

§ 13

Schlußbestimmungen

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft.



Haßborn, den 15.9.77


Der Ortsbürgermeister

Verfahrensablauf

der Satzung über die Benutzung der gemeindlichen Feld-
und Waldwege in der Ortsgemeinde Hasborn

1. Diese Satzung wurde in der Sitzung des Gemeinderates/
~~Verbandsgemeinderates~~ ~~Hasborn~~..... am **.15.7.1976..**
beschlossen.
2. Diese Satzung wurde am **.24. Aug. 1977** der Kreisverwaltung
Bernkastel-Wittlich gemäß § 24 Abs. 2 GemO vorgelegt, die
durch Schreiben vom **..7.9.1977....** Az.: **..17107650700/st.**
keine Bedenken wegen Rechtsverletzung geäußert hat.
3. Die Satzung wurde am **.15.9.1977....** durch den Orts-
bürgermeister/~~Bürgermeister~~ ausgefertigt.
4. Diese Satzung wurde am **.14. Okt. 1977** im Mitteilungs-
blatt der Verbandsgemeinde öffentlich bekanntgemacht.
5. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des **.14. Okt. 1977**
vollzogen.

Verbandsgemeindeverwaltung
Manderscheid

Im Auftrage:


(Verbandsgemeinsekretär)